

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Jubiläumstagung der christlichen Gewerkschaften in Köln

Unsere Bewegung hat keine einheitliche Entstehungszeit. Die älteste christliche Gewerkschaft, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, kann bereits auf ein dreißigjähriges Bestehen zurückblicken. Andere christliche Berufsverbände sind noch nicht 25 Jahre alt. Und doch feiert die Gesamtbewegung in diesem Jahre mit Recht ihr Silberjubiläum. Pfingsten 1899 tagte in Mainz der erste christliche Gewerkschaftskongress. Er gab der in vielfachen, aber isolierten Ansätzen vorhandenen Bewegung das bis dahin fehlende einheitliche Programm, rief den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ins Leben. Wir haben jenes denkwürdigen Tages bereits in unserer Pfingstnummer eingehend gedacht. Eine größere Jubiläumfeier mußte wegen der Ungunst der Zeitverhältnisse bis zum Herbst vertagt werden. Sie hat am Sonntag, 12. Oktober, in Köln stattgefunden.

Es war eine glanzvolle Feier! Die Stadt Köln hatte die prächtige Halle auf dem Messelände zur Verfügung gestellt, ein Raum, der 4000 und mehr Menschen faßt. Lange vor 10 Uhr, dem Beginn der Kundgebung, war der weite Raum bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Feier waren zwei Festgottesdienste für die evangelischen und katholischen Teilnehmer der Tagung vorausgegangen. Die Jubiläumskundgebung wurde mit Orgel- und Gesangsvorträgen, letztere von dem rühmlichst bekannten Männerchor des Essener christlichen Metallarbeiterverbandes, eingeleitet und eröffnet durch den Vorsitzenden des christlichen Holzarbeiterverbandes, den Kollegen Kurtzsch.

Er teilte mit, daß es dem Reichskanzler Marz wegen dringender Amtsgeschäfte zu seinem großen Bedauern nicht möglich gewesen sei, an der Veranstaltung teilzunehmen, und begrüßte die anwesenden Vertreter der Behörden und Verbände, darunter den Reichsarbeitsminister Dr. Braun als Vertreter der Reichsregierung, den preuß. Volkswohlfahrtsminister Hirtfelder, die Reichstagsabgeordneten Joss, Esser, Farnhuch und Giesberts, den Erzbischof von Köln, Kardinal Dr. Schulte, den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, den Oberpräsidenten von Westfalen, Gronowski, den Regierungspräsidenten von Köln, Graf Adelmann, den Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Morion, den Oberbürgermeister von Köln, Dr. Udenauer, den Polizeipräsidenten von Gelsenkirchen, Landtagsabgeordneten Stier, den Vertreter des evangelischen Kirchenausschusses, Dr. Wolf, den Vertreter des Volksvereins für das katholische Deutschland, Prälat Mgr. Dr. Aug. Pieper, den Vertreter des Verbandes der evangelischen Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen, Martin, Prof. Dr. Heide von der Gesellschaft für Sozialreform, den Präsidenten des evangelischen Konsistoriums der Rheinprovinz, Herr. von der Goltz, den Superintendenten Klingenberg, den Vertreter der katholischen Gesellenvereine, den Vertreter der Deutschen Volksbank-V.G., den Vertreter der Deutschen Volksversicherung-V.G., den Vertreter der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, Präses Prälat Walterbach (München), den Vertreter der evangelischen theologischen Fakultät der Universität Bonn, Universitätsprofessor Dr. Pienigsdorf, den Vertreter der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, Generalsekretär Habermann, den Reichstagsabgeordneten Dr. Woldenhauer (Köln), den Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Henjeler, den Vertreter der katholischen Arbeitervereine, Mgr. Müller, u. a.

Die Versammlungsleitung geht dann auf Farnhuch über, der ein ehrendes Gedenken den Wegbereitern und Pionieren von Opfergröße widmet, den Männern die in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren die ersten Grundmauersteine für die christliche Gewerkschaftsbewegung in die deutsche Arbeiterseele und für ihr Bestehen im Volke legten, den Männern, „von denen viele zu großen Hoffnungen berechtigten und viele ebenso tüchtig waren, wie andere, die später kamen und von der inzwischen zu Kraft und Größe angeschwollenen Bewegung persönlich hochgetragen wurden.“ Weiter gedenkt er der bereits verstorbenen Vorkämpfer der christlich-nationalen Gewerkschaftsidee.

Dem Grupp der Stadt Köln entloh Oberbürgermeister Dr. Udenauer, der auf die Bedeutung der Stadt Köln für die christliche Gewerkschaftsbewegung hinwies und seine Freude zum Ausdruck brachte, daß die Stadt Köln zum Orte der Jubiläumstagung gewählt worden sei und die christlichen Gewerkschaften auf diese Weise ihr Gedenken an den traditionellen, ursprünglichen Nährboden ihrer Bewegung betunden hätten.

Seine Eminenz, Herr Kardinal Dr. Schulte, überbrachte der Tagung die innigsten Glückwünsche des katholischen Volksteils. Seine Eminenz führte im besonderen folgendes aus:

Lassen Sie mich zu dem heutigen Silberjubiläum der christlichen Gewerkschaftsbewegung Ihnen meine innigsten und freudigen Glückwünsche erwidern. Ich bin von Herzen gern hierher gekommen, um meine aufrichtige Hochachtung vor Ihrer 25jährigen immensen Arbeitstätigkeit zu bezeugen, um besonders den verdienten und großen Führern der christlichen Gewerkschaften meine uneingeschränkte Verehrung und Sympathie in aller Deutlichkeit zu bekunden. Wer den Ursprung und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Lichte der modernen geistigen Strömungen und wirtschaftlichen Kämpfe betrachtet, wird die innere Berechtigung, die überragende Bedeutung und den gewaltigen Segen dieser Bewegung nicht verkennen können. Die christlichen Gewerkschaften sind entstanden als eine parte gesunde Reaktion des bodenständigen christlichen deutschen Volkes gegen die entsetzlichen Verwüstungen, die von dem kapitalistischen Geiste und von der sozialistischen Idee in den Seelen breiterer Volksschichten angerichtet wurden. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Arbeit mit der Betonung der sittlichen Voraussetzungen für alle Wirtschaftsreform begonnen; sie haben nicht aufgehört zu betonen, daß nicht die rein äußeren wirtschaftlichen Faktoren, die technischen Einrichtungen, die Gesetze und Verfassungen das primär Gestaltende im Wirtschaftsleben sind, sondern die menschliche Geistes- und Willensrichtung, mit anderen Worten, daß eine segensvolle Reform des Wirtschaftslebens nur durch gründliche Reform der den Wirtschaftsprozess tragenden Menschen zustande kommen kann. Und christlich haben sich unsere Gewerkschaften genannt, weil unzweifelhaft zum offenen Ausdruck kommen sollte, daß das Christentum es wahrhaftig dem Ranne der Arbeit nicht verwehrt, mit allen zulässigen, rechtmäßigen Mitteln nach Verbesserung seiner Lage zu streben, ja, daß die christlichen Grundzüge, die nicht, wie die der Gegner, von gestern sind, sondern eine Bewährung von Jahrtausenden für sich haben, nur nach allen Richtungen zur Geltung zu bringen seien, um selbst im 20. Jahrhundert wiederum das Antlitz der Erde zu erneuern und auch die Lage der am meisten leidenden ärmsten Volksschichten zu einer zufriedenstellenden zu machen.

Solange solche Gedanken in den christlichen Gewerkschaften lebendig sind und bei all ihren großen und kleinen Aktionen maßgebend und ausrichtend bleiben, solange wird auch unser katholisches Volk der christlichen Gewerkschaftsbewegung Vertrauen und Treue unbedingte bewahren, ihr ebenso treu und vertrauensvoll in der Zukunft anhängen, wie es das in der Vergangenheit getan hat. Christliche Gewerkschaften und katholische Ständevereine werden dann in ihrem Bündnis immerdar zusammenstehen und sich gegenseitig im Ringen nach der ersehnten Sozialreform der Gerechtigkeit und Liebe und im Kampfe gegen alle Korruption im Wirtschaftsleben und Wirtschaftsleben stützen und stützen. Das es so sei oder besser, daß es so bleibe, ist mein Jubiläumswunsch für Sie. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Erfüllung dieses Jubiläumswunsches wird eine bessere und glücklichere Zukunft begründen helfen, wird zu Ihrer eigenen geistigen, sittlichen, sozialen Förderung führen, wird reichen zum Frieden der Stände und Konfessionen, zum Heil und Wohl des deutschen Vaterlandes und zum Segen und Frieden für die ganze Menschheit. In solcher Hoffnung rufe ich Ihnen zu „Glückauf zur Weiterarbeit!“ „Gott segne die christliche Arbeit!“

In ähnlich warmherziger und freundschaftlicher Weise äußerte sich Herr Superintendent Dr. Wolf, der die Glückwünsche des evangelischen Kirchenausschusses und damit der evangelischen Kirchen von ganz Deutschland überbrachte.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, hob den staatsbeherrschenden Charakter der christlichen Gewerkschaften hervor, die daher auch der Unterstützung des Staates gewiß sein könnten. Er hoffe weiter auf eine gezielte Zusammenarbeit mit ihnen.

Kollege Bensch überbrachte die Glückwünsche des Gesamtverbandes deutscher (christlicher) Angestellten- und Arbeitervereine, Kollege Gutche die des Gesamtverbandes deutscher (christlicher) Beamten- und Arbeitervereine.

Darauf ergriff Reichsarbeitsminister Dr. Braun das Wort. Er führte u. a. aus:

Das Silberne Fest der christlichen Gewerkschaften ist kein Fest gewöhnlicher Art, kein Fest bloß für die unmittelbar Beteiligten, an ihm ist die ganze Arbeiterwelt, in Kultur, Wirtschaft, Volk und Staat aufs lebhafteste beteiligt. Es war deshalb auch die erste Absicht des Herrn Reichskanzlers, persönlich an Ihrem Jubelteil zu erscheinen. Er bedauerte es lebhaft, daß die gegenwärtige politische Lage ihn in Berlin festhält, und läßt Ihnen deshalb durch mich seine herzlichsten Glückwünsche übermitteln. Dem schließt sich die ganze Reichsregierung und in erster Linie der Reichsarbeitsminister an. Dr. Braun wies hin auf das große Wachstum und die Einrichtungen der Bewegung und gedachte der Männer, die sie gegründet und bis heute getragen haben. Was Ihre Bewegung besonders kulturelle Bedeutung gegeben, was sie für Volk und Staat so wertvoll gemacht hat, das sind ihre idealen Ziele gewesen. Was Ihre Gewerkschaften durch ihre Erziehung der Massen und durch Entwicklung von Führertalenten in der Arbeit mehrerer Jahrzehnte geleistet haben, ist unserem Volk in den letzten Jahren der Not zum größten Heile geworden. Dank der in der Arbeiterbewegung geleiteten Vorarbeit konnte die neue Ordnung der Reichsregierung dem Arbeiterstande ein neues Recht und insbesondere die längst geschuldete Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft mit gutem Größte gewähren. Trotz der sozialrechtlichen Besserstellung herrscht auch

heute noch Not und Elend in weiten Arbeiterschichten, das Geknecht der Arbeitslosigkeit geht um. Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit, durch die Not des Jahres 1918 verwirklicht, ist durch mannigfache Einflüsse vielfach erschüttert. Die Anerkennung der Arbeiterkraft ist noch nicht allen Herzenssache geworden. Im einzelnen ist Ihnen Wirtschaft und Gesetzgebung nach manchem schuldig. So liegen auch in Zukunft noch große Aufgaben vor Ihnen. Die Reichsregierung, insbesondere das Reichsarbeitsministerium, nicht zuletzt auch den Herrn Reichskanzler, werden Sie bei der Durchführung dieser Aufgaben an Ihrer Seite finden. Gewiß haben wir in den letzten Jahren regierungsseitig manches tun müssen, was auch unserem sozialen Empfinden nicht entsprach. Wir wollen aber nicht übersehen, daß diese Dinge eine Folge des völligen Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft und Staatsfinanzen im Spätherbst 1923 gewesen sind. Aber von einem können Sie überzeugt sein: Die Reichsregierung ist entschlossen, diese Entbehrungen und Lasten nicht dem arbeitenden Volke allein aufzuerlegen, sondern sie gerecht zu verteilen. Auf der anderen Seite ist die Reichsregierung überzeugt, in Ihrer Bewegung nach wie vor eine wertvolle Stütze für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und die Wiederherstellung eines starken und geselligen Staatswesens zu besitzen. Die Reichsregierung weiß, daß Ihre christlich-nationale Arbeiterbewegung dazu bereit und entschlossen ist, und darum kann ich Ihnen an Ihrem heutigen Jubeltage nochmals aufrichtig Glück wünschen.

Die Festrede

über Geschichte, Wesen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung hielt der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Kollege Adam Stegerwald. Er führte etwa aus:

Vor 25 Jahren sah es in Deutschland in vielfacher Hinsicht anders aus als heute und auch als bei Ausbruch des Krieges. Unter den breiten Volksschichten war die Sozialdemokratie Trägerin des modernen Unglaubens. In den Büchereien der „freien“ Gewerkschaften wurden in den 90er Jahren am meisten gelesen: Haeckels Weltatlas, der Pfaffenpiegel, die Schriften Darwins, Sebells Frau usw. In politischer Hinsicht fehlte damals ein fester Kurs. Bismarck hatte geglaubt, die außenpolitischen wie die innerpolitischen Probleme mit bloßer Gewalt lösen zu können. Im Unternehmerlager fehlte im großen gesehen in den letzten Jahrzehnten vor Kriegsausbruch für die Bestrebungen der Arbeiterkraft jedeswegs Verständnis. Man glaubte mit Bismarck, alles durch Gewalt, durch Staatsmacht ordnen zu können. Die Klassen- und Klassenfeindlichkeit, der Leutnants- und Offiziersgeist feierten Triumphe. Die alte christlich-soziale Bewegung, die gegen die im Anmarsch begriffene kapitalistische Entwicklung ankämpfte und die Gesellschaft im christlichen und sozialen Sinne erneuert wissen wollte, wurde in den Kulturkampfjahren zerstückelt. Die Katholiken wurden jetzt auf das kirchenpolitische Gebiet hin- und vom sozialen Gebiet abgeleitet; im evangelischen Lager wurde der soziale Gedanke von starken Kräften wieder zu halten verhindert. So fand die Sozialdemokratie in Deutschland für ihre Bestrebungen einen Boden vor, wie sie sich ihn günstiger kaum wünschen konnte.

Die Zeit, in der die christlichen Gewerkschaften entstanden, war also ihren Bestrebungen, die auf

sozialen Ausgleich

gerichtet waren, nicht günstig. 1899 waren auf dem ersten Kongress der christlichen Gewerkschaften 56 000 Arbeiter vertreten. In den letzten Jahren stieg die Mitgliederzahl in den christlichen Gewerkschaften auf über 1 Million, im Deutschen Gewerkschaftsbund auf rund 2 Millionen. Die Mitgliederzahlen haben allerdings durch die gegenwärtige große Arbeitslosigkeit einen Rückgang erlitten. Welche Arbeit in den genannten Ziffern steckt, können nur jene ermessen, die den Werdegang der christlichen Gewerkschaften miterlebt und mitgestaltet haben. Die christlichen Gewerkschaften mußten einen schweren Kampf gegen die sozialdemokratische Richtung, gegen Unternehmertum und gegen starke geistige Strömungen im katholischen und evangelischen Lager durchkämpfen. Sie können auch von sich sagen: „Von der Parteienhaft und Günst entpelt, schwankt ihr Charakterbild in der Geschichte!“

Durch die unausgesetzten Kämpfe nach den verschiedenen Seiten wurde es den christlichen Gewerkschaften sehr schwer gemacht, ihr

Eigenleben gegenüber Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur

im Vergleich zur sozialistischen Arbeiterbewegung und zu den herrschenden Anschauungen in bürgerlichen Kreisen klar herauszustellen. Trotzdem besteht heute für die christliche Gewerkschaftsbewegung eine umfassende eigene und selbständige Ideenwelt. Es berührt immer eigen-

ersch, wenn bestimmte Kreise des Bürgerturns der Sozialdemokratie „Materialismus“ zum Vortwurf machen. Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahrzehnten den Materialismus gepredigt, die bürgerliche Gesellschaft dagegen hat ihn praktiziert. Unternehmer- und Bürgertum bachten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in Deutschland nur wenig darüber nach, wie das Verhältnis der Menschen zueinander besser gestaltet werden könne. Für sie ist die Wirtschaft und das ganze öffentliche Leben immer mehr zum bloßen Geschäft geworden. Diese Dinge wurden stark begünstigt durch das Dreiklassenwahlrecht in Staat und Gemeinde. Dieses Wahlrecht hat verheerend auf die Denkweise des Bürgerturns gewirkt. Als die christlichen Arbeiter- und Gewerkschaften sich gründeten, hat man ihnen entgegengehalten, daß verstoße gegen den Grundfals: Leben und leben lassen! Als ob es eine göttgemollte Notwendigkeit sei, daß das deutsche Volk ständig sich aus 70 Proz. bloßen Gehalts- und Lohnempfängern zusammensetze.

Die christlichen Gewerkschaften stehen in ihrer Grundeinstellung dem vom kapitalistischen Geist einerseits und von der sozialistischen Idee andererseits beherrschten Volksgruppen gegenüber. Unter kapitalistischem Geist verstehen wir nicht die Wirtschaftsform, sondern den verderblichen Geist, der sich dieser Form bemächtigt hat und durch sein unerfättliches Gewinnstreben Unheil hineingetragen hat. Der Kampf gegen ihn bedeutet uns aber nicht Vernachlässigung der Technik und der Arbeitsintensität.

Wenn wir andererseits vom Kampf gegen die sozialistische Idee reden, so verstehen wir darunter nicht den Kampf gegen den sozialistischen Arbeitskollegen, mit dem wir zusammen arbeiten müssen. Der Kampf unserer christlichen Weltanschauung gegen den kapitalistischen Geist und die sozialistische Idee ist der Kampf des geistigen Prinzip, das wir vertreten gegen das der materialistisch-mechanistisch beherrschten Gegenseite. Die Herrschaft des geistigen Prinzips bedeutet Anerkennung oberster sittlicher Gesetze, Glaube an ein letztes höchstes Sein, an Gott, an die bewegende Kraft des Geistes in den Menschengeschichten und geschichtlichen Geschehen, bedeutet Überordnung des Geistes über Materie, über Maschine. Die christliche Gewerkschaftsbewegung will einen

mehrvollen Staat

nach innen und außen, verwirft aber die Staatsallmacht nach beiden Seiten. Sie will nicht den Staat, wie er vor 1914 war, der einseitig seine Macht nach innen und außen hervortriebe und dabei die übrigen Kraftstationen der Politik, insbesondere auch die moralischen und geistigen, stark vernachlässigte. Ein Staat ohne Macht ist ein Lindwurm, ein bloßer Machtfaß aber ist für die Dauer eine eben solche Unmöglichkeit.

Für die Sozialdemokratie ist Ausgangspunkt für das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben die Klasse, für die gelben Gewerkschaften das Werk, für die christlichen Gewerkschaften dagegen der Beruf. Der Beruf ist es, der den Menschen von der Schulentlassung bis zum Grabe begleitet; der Beruf muß den Ausgangspunkt abgeben zu einem seelischen Verhältnis zur Arbeit, zum Staate, zur Wirtschaft, zur Gesellschaft. Die christliche Gewerkschaftsbewegung lehnt infolgedessen den sozialistischen Klassenbegriff überhaupt ab; sie setzt an dessen Stelle den Berufs- und Standesbegriff. Für sie ist die Gesellschaft in gleichem Maße ein aus den Ständen bestehender Organismus wie der Mensch mit seinen verschiedenen Gliedern einen einheitlichen Organismus darstellt. Die Arbeit ist nach sozialistischer Auffassung in der privatkapitalistischen Gesellschaft lediglich ein notwendiges Maß zur Aufrechterhaltung der Existenz der Arbeiter. Nach christlicher Auffassung ist die Arbeit für jeden Menschen sittliche Pflicht. Diese Auffassung ist letzten Endes auch ein stärkerer Motor zur Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse wie der sozialistische Paß.

In den vergangenen Jahren mußten unsere Verbände immer in der Defensive kämpfen.

Jetzt ist die Stunde zur Offensive gekommen

Auf der letzten Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart jagte Prof. Sombart, der ehemals der sozialistischen und materialistischen Auffassung mit am nächsten stand, er komme nach vielem Ringen und Suchen in dem Wersal unserer Tage zu der Erkenntnis: Wir müssen zurück zu Gott! Auf der internationalen Tagung für Arbeiterkatholizismus in Prag haben in den letzten Tagen ausländische Sozialdemokraten ähnliches ausgesprochen. In den letzten Jahren wandelten wir in Deutschland auf „Knochenboden“, jetzt, nach Annahme des Londoner Paktes, bekommen wir allmählich festeren Boden unter die Füße. Nicht bloß die christliche Gewerkschaftsbewegung, auch die deutsche Öffentlichkeit und das deutsche Unternehmertum stehen jetzt vor einer großen Stunde. Jetzt haben die deutschen Arbeitgeber durch die Tat zu beweisen, ob ihnen die Arbeitsgemeinschaft von 1918 bei Ausbruch der Revolution bloß Bluff, bloß Hagelversicherung war, oder ob sie darin eine neue Epoche für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit gesehen haben. Wenn ein Land dazu verstanden ist, hier eine welthistorische Mission zu erfüllen, dann ist es Deutschland nach seinem Zusammenbruch, das jetzt in vielfacher Hinsicht neu aufbauen muß. Große Gedanken für die Um- und Neugestaltung des Gesellschaftslebens sind nie von Vätern und Völkern ausgegangen, denen es gut ging, sondern sie sind meist dort geboren worden, wo Not und Entbehrung herrschten. Und in dieser Lage befinden wir uns, auch nach London. Die Gedanken bilden den Hintergrund zu den Auseinandersetzungen zwischen dem Vorstands der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände Geh. Rat v. Borst und mir über die Frage der Neugestaltung der Arbeitsgemeinschaft. Ich bin mir bewußt, daß wir da vor einer Riesenaufgabe stehen, insbesondere auch im Westen Deutschlands, wo im letzten Jahre außerordentlich viel Arbeits-

gemeinschaftsgeist von den Unternehmern zertrümmert worden ist. Und trotzdem müssen wir den Arbeitsgemeinschaftsgedanken, der ein christlicher Gedanke ist, vorwärts-treiben. Individualistisch-kapitalistischer Geist und sozialistischer Klassenkampfgeist besitzen nicht die gestaltende Kraft für den Arbeitsgemeinschaftsgedanken.

Im ganzen gesehen stehen wir in Deutschland nicht vor lauter fundamentalen neuen Aufgaben. Wir brauchen in der Hauptsache bloß zurückzugreifen auf den Frlrn. v. Stein vor 100 Jahren. Er wollte im wesentlichen dreierlei, und zwar: 1. staatsbürgerliche Bildung, 2. politische Selbstverwaltung, die von unten nach oben wachsen sollte, 3. die einzelnen Bürger an Heimat und Vaterland interessieren durch Besitz.

Daraus geht hervor, daß wir heute nicht vor vielen großen, neuen Aufgaben stehen, nur müssen wir uns entschließen, diese Dinge energisch voranzutreiben. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist berufen,

Brücken zu schlagen

auf den verschiedensten Gebieten: in Sachen des Arbeitsgemeinschaftsgedankens, zwischen rein sozialistischer und rein bourgeoismäßiger Denkweise, zwischen individualistisch-kapitalistischer und utopisch-sozialistischer Betrachtungsweise, zwischen Staatsverneinung und Staatsvergötterung usw. Die christlichen Gewerkschaften sind auch berufen, Brücken zu schlagen auf religiösem Gebiet. Ihnen liegt nichts ferner, als etwa eine Verwischung der geistigen Grenzen zwischen Katholiken und Evangelischen herbeizuführen. Sie wollen kein Missverständnis, sie wollen, daß die beiden großen Religionsgesellschaften ihr konfessionelles Eigenleben positiv und kristallklar herausarbeiten und es unter ihren Angehörigen befestigen und vertiefen. Sie wünschen allerdings, daß man nicht bloß das Trennende, sondern auch das Einigende stark betonen und hervorkehren möchte. Sie wünschen die beiderseitige Zurückdrängung der konfessionellen Unzulänglichkeiten im öffentlichen Leben. Seit 20 Jahren besteht zwischen katholischen und evangelischen Standesvereinen (Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jünglingsvereinen) einerseits und den christlichen Gewerkschaften andererseits eine Waffenbrüderschaft, die in den nächsten Jahren wieder stärker gepflegt werden muß.

Die umschriebenen Aufgaben wollen die christlichen Gewerkschaften in Verbindung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den konfessionellen Standesvereinen durchführen. Die Funktionäre der christlichen Gewerkschaften müssen wieder wie ehemals sorgfältig ausgewählt werden, eine gründliche Ausbildung erfahren, sie müssen praktizierende Christen sein, sie müssen mit den kulturellen Organisationen der beiderseitigen großen Religionsgesellschaften eine enge Fühlung unterhalten. Wir wollen keine christliche Gewerkschaftsbewegung sein den Worten nach, sondern eine solche der Tat.

Kollege Stegerwald schloß mit Dankesworten an die Freunde und Förderer der Bewegung aus Nichtarbeiterkreisen, die heute zum Teil schon unter dem fühlenden Namen der Arbeiterbewegung stehen, mit Ausnahme von einem bestimmten, nicht sehr großen Kreis von Geistlichen, nicht gefunden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften hatten unter den freien Berufen (Ärzte, Rechtsanwälte usw.) gewiß mehr Mitarbeiter und Helfer, wie die christlichen Gewerkschaften.

Nach der Rede Stegerwalds legte Kollege Behrens, der Führer der Landarbeiter, ein Bekenntnis zum Christentum, zum Staat und zur Volksgemeinschaft ab. Seine temperamentvollen Ausführungen gipfelten in dem Satz: Unser Volk muß erst seelisch aufgebaut werden, dann erfolgt der Aufbau von Wirtschaft und Vaterland ganz von selbst.

Der greise Führer der christlichen Metallarbeiter, Kollege Bieber (Duisburg), wandte sich besonders an die Jugend, das festzuhalten, was sie von ihren Vätern ererbt habe, und dessen eingedenk zu sein, was die ältere Generation um ihrer Ideale willen erduldet und erlitten habe. Er mahnte zur Einigkeit und forderte dringend auf, nicht Zwietracht in den eigenen Reihen aufkommen zu lassen.

Für die christliche Gewerkschaftsjugend nahm Landessekretär Kaiser (Köln) das Wort. Er gelobte in seinen Ausführungen, daß die junge Führergeneration das Werk ihrer alten Führer und Vorbilder in deren Sinne weiter zur Vollenbung bringen werde.

Gesang- und Orchesterkonzerte, die den Auftakt der Kundgebung gebildet hatten, gaben ihr auch den feierlichen Ausklang.

Die Abendveranstaltung

Abends veranstaltete das Kölner christliche Gewerkschaftskartell eine Feier, die ebenfalls in der großen Halle des Messengeländes stattfand. Essener Metallarbeiterchor, Kölner Volksorchester und Solovorträge eines Kölner Opernsängers gaben der Veranstaltung eine hohe künstlerische Note. Im Verlauf der Veranstaltung ergriff als Delegierter des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften der holländische Kollege Serrarens (Utrecht) das Wort zu kurzen, bedenklichen Ausführungen. Er hob hervor, daß die deutsche christliche Gewerkschaftsbewegung der Pionier Welt gewesen sei. Sie habe zuerst den Beweis erbracht, daß eine christliche Arbeiterbewegung überhaupt möglich sei. Dafür gebühre ihr der größte Dank. Ihr großer Gedanke sei der Kampf gegen die Begehrlichkeit und die Gewinnjagd. Es sei verfehlt, anstelle des Egoismus einer kleinen Gruppe den Egoismus größerer Gruppen zu setzen, wie es der Sozialismus wolle. Auch für die Arbeiterkatholik sei Christus der Weg, die Wahrheit und das Leben.

Die Festrede hielt Kollege Sieberts, der einen Rückblick auf das Werk Bruns, des Schöpfers der christ-

lichen Gewerkschaftsbewegung, warf und der denkwürdigen Mainzer Verhandlungen gedachte.

Unbedingt müsse treu an den Grundfalsen „christlich“ und „sozial“ festgehalten werden. Die Schwarzseherei, die sich damals allenthalben gezeigt habe, habe sich als unbegründet erwiesen. Heute sei die ökonomische Lage der Arbeiterschaft wieder so schlecht wie vor 25 Jahren. Der Aufgabenkreis habe sich fast in nichts geändert, eher noch um manche Punkte erweitert. Die Jugend müsse in die Fußstapfen der alten, bewährten Führer treten. Alle Mitglieder müßten von dem Glauben an die gute Sache durchdrungen werden. Ein warmes Herz gehöre dazu und Frohsinn, Freude. Aus verzweifelten, verächtlichen Menschen könne man keine Organisation aufbauen. Darum müsse auch heute der Pessimismus, der sich wieder breit mache, bekämpft werden.

Männerchöre, Soli und Orchestervorträge, die zum größten Teil ein Loblied auf den deutschen Rhein waren, schlossen die in allen Teilen prächtig verlaufene Feier.

Der Jubiläumskundgebung war am 11. Oktober eine Tagung des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften vorausgegangen, die sich mit dem Stande und den Aufgaben der Bewegung beschäftigte und zu einer Reihe aktueller Fragen durch Entschlüsse Stellung nahm. Ihr schloß sich am 13. Oktober eine öffentliche Vertretertagung an, die mit Referaten über „Unsere Stellung zu den politischen und geistigen Strömungen der Gegenwart“ (Stegerwald) und über „Unsere Stellung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (Otto) ausgefüllt war. Die Aussprache war sehr fruchtbar und klar. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß auch gegenfällige Meinungen zum Austrag gekommen sind. Wohl gemerkt, über Wesen und Ziel der Bewegung herrscht volle Einigkeit zwischen den Führern, und erst recht ist zwischen ihnen kein persönlicher Gegensatz vorhanden.

„Im Ziel besteht in unserem Lager volle Übereinstimmung; um den rechten Weg, den alle Verbände gemeinschaftlich gehen können, wird gegenwärtig gerungen“ konnte Kollege Stegerwald mit Recht feststellen. Und nicht weniger zutreffend ist, was die „Germania“ (Nr. 447) in ihrem Bericht über die Kölner Tagung schreibt: „Es stellte sich in den Reden Stegerwalds und in der Gegenrede von Imbusch heraus, daß die in Freiheit und in Unwesenheit der Presse, also ganz öffentlich erörterten Verschiedenheiten der Meinungen, die in Stegerwald und Imbusch ihre Vertretungen haben, nichts mit persönlicher Zwietracht zu tun haben, sondern lediglich der Abklärung der Aufgabengebiete der christlichen Gewerkschaftsbewegung gelten.“ Solche Auffassungsunterschiede muß unsere Bewegung ertragen können und kann sie auch ertragen. Wir erleben eine Zeit, in der alles in der Umbildung begriffen ist, alles nach Neuorientierung strebt. Da wäre es geradezu wunderbar, wenn allein in unserer Bewegung alles eines Sinnes sei. Die öffentliche Austragung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten haben wir begrüßt, weil dadurch die notwendige Klärung beschleunigt wird. Innerlich zerlegen oder gar auseinanderbringen werden sie uns bestimmt nicht. Das mag sich vor allem die Sozialdemokratie merken, die bereits wieder den Zerfall der christlichen Gewerkschaften an die Wand malt. Sie hat hinsichtlich unserer Bewegung schon so oft daneben prophezeit, daß sie es endlich aufgeben sollte.

Wir kommen auf die Tagung noch ausführlich zurück.

Aus der Jugendzeit des Verbandes

Von Anton Schmidt, Berlin III.

Die Lohnbewegungen

In den ersten Jahren unserer Verbandsstätigkeit waren die Konjunkturverhältnisse nicht die besten. Würde es anders gewesen, dann wären uns unstreitig die Bewegungen über den Kopf gewachsen, denn die Arbeitsverhältnisse waren, soweit besonders Arbeitszeit und Arbeitslohn in Frage kommen, sehr verbesserungsbedürftig. Daß sich die Arbeitgeber, insbesondere die Innungen, unseren Forderungen gegenüber ablehnend verhielten, habe ich bereits im vorhergehenden Abschnitt gezeigt. Zustatten kam den Arbeitgebern die verhältnismäßig große Zahl der Unorganisierten und die vielen Kolonnen italienischer Maurer und Arbeiter, welche teils durch deutsche Agenten nach hier geholt waren, teils durch ihre Kolonnenführer sich den Arbeitgebern anboten. Bei Streiks und Ausperrungen wurden uns diese Kolonnen oft zur großen Gefahr, zumal sie unter dem besonderen Schutze der Polizei und Behörden standen. Daß bei der Abwehr auch von unseren Kollegen manchmal nicht gutzuhelfende Mittel angewandt wurden, kann man verstehen, wenn man bedenkt, daß die Verkündigungsmöglichkeiten äußerst schwierig und die sogenannten Kolonnenführer ober Agenten häufig ganz gewissenlose Subjekte waren, welche sich besonders bei der Bekämpfung von Streikbrechern persönlich zu bereichern suchten.

In den Jahren von 1902 bis 1905 hauptsächlich haben wir den Arbeitgebern den Tarifvertrag aufgezwungen. Sie sind nicht Tarifpartner geworden, weil sie Tariffreunde waren, sondern deshalb, weil sie durch den Kampf der Gewerkschaften in den Tarif hineingezogen oder getrieben wurden. Im rhein-westfälischen Industriegebiet haben wir, von einigen kleinen Ausnahmen abgesehen, die Lohnbewegungen von Anfang an mit den gegnerischen Verbänden gemeinsam geführt. Dabei ist die dortige Arbeiterschaft unparteiisch am besten gefahren. Unser Kampfmittel war in den meisten Fällen die Bau- sperre, nur in den wenigsten Fällen griffen wir zum allgemeinen Streik. Ehe die Sperre zur Anwendung

am, wurden die Arbeitgeber einzeln von der Lohnkommission aufgesucht und die Unterzeichnung eines prämierten Firmenvertrages, in welchem die Lohn- und Arbeitszeitfrage, außerdem höchstens noch die Zuschläge für Ueberarbeit geregelt wurde, verlangt. Von denen, die die Unterzeichnung ablehnten, wurden diejenigen Firmen, von denen man sich am ersten Erfolg versprach, aufgesucht und gesperrt. Bei dem einen erledigte sich die Sperre schnell, bei dem anderen dauerte es länger. Allmählich rafften sich die Arbeitgeber auf und beantworteten die Sperrern mit allgemeinen Aussperrungen. Diese erhielten jedoch erst Bedeutung, als man den Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberverband gegründet hatte. Die Forderungen kamen nur ganz selten zu einem einheitlichen Vorgehen. Sie brachten es wohl fertig, den Einzelnen mit Anwendung schwarzer Listen auf der Straße zu halten, aber den allgemeinen Angriff der Arbeiter abzuschlagen, dazu waren sie nicht in der Lage.

Der Empfang der Lohnkommissionsmitglieder bei den einzelnen Firmeneinhabern war grundverschieden. Einen freundlichen oder herzlichen Empfang konnte man nicht erwarten, denn das, was die Lohnkommission wollte, war nach Ansicht der Arbeitgeber ein Eingriff in ihre vermeintlichen Rechte und mußte angeblich zur Förderung der Autorität führen. Immerhin muß wahrheitsgemäß gesagt werden, daß in vielen Fällen die Ablehnung zwar kühl und entschieden, aber doch höflich erfolgte. Doch nicht immer war es so, oft wurde man groß und beleidigend angefahren. In einem Falle, es war im Landkreis Dortmund, hatte der Gewaltige kaum gehört, was wir wollten, als er aufsprang und sein Jagdgewehr von der Wand reißend wollte. Die ruhige Bemerkung eines Lohnkommissionsmitgliedes, er solle das lieber lassen, denn das Ding könne geladen sein, machte ihn zunächst rasend, denn er brüllte meinen Freund an: „Sachwohl, es ist geladen, und zwar mit einer Schrotladung für dich, du frecher Lämmel!“ Doch wir ließen uns nicht einschüchtern, und als wir nach etwa 20 Minuten diese gastliche Stätte verließen, hatten wir eine Unterschrift mehr in der Tasche. Im Landkreis Gelsenkirchen bedrohte uns ein Arbeitgeber mit seinem großen Kettenhund, doch war er vorsichtig genug, ihn nicht loszulassen. Aber auch der rabiatere Mensch kann umlernen; zwei Jahre später telephonierte derselbe Arbeitgeber bei mir an, daß auf einer seiner Baustellen Differenzen ausgebrochen seien, und bat mich, nach dort zu kommen, um zu schlichten. Damit es schnell ginge, bot er mir sein Auto an, was ich allerdings dankend ablehnte. Also innerhalb zwei Jahren vom Kettenhund auf's Auto!

Die italienischen Streikbrecher-Kolonnen wurden überall als Herausreißer, teils mit, teils ohne Erfolg, herangezogen. Wo der Erfolg versagt wurde, war es auf unsere Abwehrmaßnahmen zurückzuführen. Bei einem Streik in Solingen war der Bahnhof eines Abends der Schauplatz folgender Handlung: Kurz vor 7 Uhr Anfuhr dreier großer Leiterwagen unter starker polizeilicher Bedeckung. Starke Menschenansammlung war die Folge; ironische und entrüstete Bemerkungen hörte man überall. Kurz vor Einlaufen des Zuges erschienen drei Arbeitgeber, flankiert von einem Kommissar und mehreren Schutzleuten, und begaben sich auf den Bahnsteig; den Streikenden wurde der Zutritt zum Bahnsteig verwehrt. Der Zug läuft ein, die vierte Wagenklasse ist vorn, die Unternehmer rennen dort hin, lange Gesichter, sie rennen zurück, halten überall Umschau unter den Reisenden, doch die Gesichter wurden immer länger: der Zug hat die erhoffte Rettung nicht gebracht. Der ganze Trop fährt enttäuscht wieder zurück. Wie war dieses gekommen? Eine Gruppe Streikender war dem Zuge entgegengefahren und hatte die Streikbrecher in Meitmann abgefangen. Bei einem Streik in Gelsenkirchen tauchte auch so ein rabiatere Streikbrecheragent mit seiner Kolonne auf. Derselbe Kerl war uns schon bei mehreren Streiks in die Parade gefahren, so daß wir den Burschen kannten. Wir waren in der Lage, ihm Arbeit für seine Kolonne in Köln nachzuweisen. Nach längerer Verhandlung erklärte er sich zur Abreise bereit, verlangte aber für jeden Mann seiner Kolonne den Betrag von 20 Mark. Das Geschäft wurde abgeschlossen und er mußte zum Passier nach dem Streikbüro, um den Betrag abzuholen. In einem Extrazimmer wurde er durch zwei Kollegen auf eine eigenartige Weise ausgelohnt. Als die Tür sich öffnete, verduftete er sich in einem Tempo, wie es die Rabe anschnallt, wenn ihr böse Jungen eine Schweinsblase an den Zipfel ihres hintersten Endes befestigt haben. Kurz darauf kam er mit der Polizei wieder, um sich zu beklagen, konnte aber zu seinem großen Leid die Attentäter nicht entdecken. In diesem Falle gab sich die Polizei nicht allzu große Mühe, ihm behilflich zu sein. Einer der beiden Schutzleute war ein ehemaliger Zimmermann. Die Kolonne aber war am anderen Tage in Gelsenkirchen nicht mehr anzutreffen. Auch bei dem ersten Kampf, den wir in Osabrück führten, hatten sich die Italiener ziemlich stark eingenistet, so daß ich den italienischen Kollegen, welchen wir zur Abwehr angestellt hatten, nach dort sandte. Am nächsten Tage erhielt ich ein Telegramm von Osabrück, daß Rita, so hieß der Kollege, verhaftet sei. Alle Bemühungen, den Grund der Verhaftung zu erfahren, waren zunächst ohne Erfolg, bis mir nach langem Hin und Her endlich gesagt wurde, daß Rita als „lästiger Ausländer“ aufgefallen und deshalb verhaftet worden sei. Erst einige Tage später bekam ich ihn mit Hilfe eines Rechtsanwaltes frei. Er mußte allerdings sofort Osabrück verlassen.

Der Arbeitgeberbund für das Rhein-Westfälische Baugewerbe machte unter der geschäftskundigen Leitung seines Direktors schnelle Fortschritte. In verhältnismäßig kurzer Zeit wuchs er sich zu einer leistungsfähigen Organisation aus, suchte nun aber auch nach Gelegenheiten, sein Können praktisch zu beweisen und seinen Mitgliedern das Versprochene zu erlärnen. Durch die vielen Bewegungen, welche in den Jahren 1902 bis 1905 geführt worden waren, hatten wir uns fast allgemein den Ortsarbeitsverträge erkämpft, der zum Teil neben den

Am 25. Oktober 1924 ist der dreihundertzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1924 fällig.

Städten auch schon die Landkreise umfaßte. In Essen war es der damalige, nun seit Jahren im Grabe ruhende Oberbürgermeister Zweigert, welcher die Bedeutung des Tarifvertrages erkannte und ihn als soziales Friedensinstrument auszubauen versuchte. Zum Danke dafür mußte er sich bei der großen Aussperrung im Jahre 1905 von den Arbeitgebern grüßlich anpöbeln lassen, was ihn aber nicht abhielt, bei dem späteren Friedensschlusse dennoch die Beamten der Stadt in hervorragender Weise mitarbeiten zu lassen.

Die Aussperrung 1905 wurde verhängt, weil die Zimmerer in Dortmund einige Firmen gesperrt hatten. Am 26. Mai führte der Bund den Beschluß herbei, am 13. Juni in allen tariflichen Orten auszusperrn, wenn bis dahin die Sperrern in Dortmund nicht aufgehoben seien. Da es bei der Sperrung der Dortmunder Firmen blieb, setzte am 13. Juni die Aussperrung ein. Ein Versuch des Regierungspräsidenten von Arnsberg, die Aussperrung durch Vergleich zu umgehen, mußte scheitern, da das Aussperrungsgebiet die Köpfe der Arbeitgeber in dem ganzen Gebiet verwirrt hatte. Daß man Kampfgründe suchte, geht daraus hervor, daß man bereits am 14. Juni, also am ersten offiziellen Aussperrungstage, mit dem Gedanken des Tarifbruchs spielte. Auf einer Vertretertagung in Hagen wurde nachfolgende Entscheidung angenommen.

„Kommen seitens der Arbeiterorganisationen Bestätigungen Arbeitswilliger oder unmorganisierter Leute im Bundesgebiete vor, und veranlassen die Arbeiterorganisationen hierdurch Vertragsbruch von Arbeitern gegen Bundesmitglieder, so soll der Vorstand des Arbeitgeberbundes in solchen Fällen befugt sein, die Tarifverträge als aufgehoben zu erklären und soll sofort Aussperrungen vornehmen können.“

Diese Entscheidung war nichts weiter als eine Vor-schubverteidigung des Tarifbruchs, dessen sich die Arbeitgeber in den nächsten Wochen schuldig machten. Es klappte im Arbeitgeberlager eben nicht so, wie man erhofft hatte, daher mußte das Kampffeld erweitert werden, also heute man die bestehenden Verträge in Scherben. Zu diesen Orten gehörte auch Essen. Der Oberbürgermeister warnte damals die Arbeitgeber, indem er in Aussicht stellte, die städtischen Arbeiten in eigener Regie auf Kosten der Arbeitgeber fertig zu stellen, und zweitens stellte er einen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung in Aussicht, die Bewilligung von 20 000 M. zur Unterstützung der Aussperrten betreffend. Eine Unternehmerversammlung griff daraufhin den Oberbürgermeister scharf an und drohte damit, ihm bei der nächsten Wahl einen Durchfall zu bereiten. Herr Zweigert quittierte diese Drohung mit der Bemerkung, daß ihm wohl keine größere Ehre widerfahren könne, als die Ablehnung seiner Wahl aus dem Grunde, daß er sich auf den Boden des Rechts gestellt habe. Aber alle Warnungen fruchteten nichts. Der Herr Verbandsdirektor und sein scharfmacherischer Anhang ruhten nicht, bis der Tarifbruch auf der ganzen Linie Tatsache war. Aber auch jetzt wollte die Ausschungerungstun noch nicht glücken. Ein Teil der Arbeiter machte einfach nicht mit; viele wurden zwar gezwungen, indem man ihnen die Materialien sperrte. Aber diese „Drachenrot von Bauarbeiterverbänden“, wie sich der Verbandsdirektor einmal geschmackvoll ausgedrückt haben sollte, war nicht unterzukriegen. Von Woche zu Woche erhoffte man den Konkurs der Streikliste. Aber er kam nicht, denn die in Arbeit stehenden Mitglieder dieses Gebietes brachten die allergrößten Opfer an Streikbeiträgen und die übrigen Bezirke miteifersten in der Unterstützung der Kämpfenden, weil sie alle wußten, daß von dem Ausgang dieses Kampfes die Lage der Bauarbeiter in ganz Deutschland beeinflusst wurde.

Allmählich glätteten sich die Wogen. Friedenssehnsucht machte sich auch in den scharfmacherischen Gemütern wieder bemerkbar, und am 30. und 31. August 1905 sah man wieder am Verhandlungstische. Die zerbrochenen Tarifverträge wurden zwar nicht wieder zusammengefügt, aber an deren Stelle trat der erste große Bezirksarbeitsvertrag, welcher neben 42 Städten noch über 200 Landgemeinden umfaßte. Innerhalb 11 Wochen war dieses Resultat erkämpft. Mit der Absicht, sich aller Vertragsfesseln zu entledigen, wurde der Kampf durch die Arbeitgeber begonnen, und am Schlusse waren sie herzlich froh, in diesem neuen, alle umfassenden Friedenstempel wieder unterschließen zu können. Ich kann diesen Abschnitt nicht schließen, ohne der geschickten und selbstlosen Schlichtungsarbeit des damaligen Beigeordneten der Stadt Essen, jetzigen deutschen Vorkämpfers in Washington, Herrn Dr. Wiebels, zu gedenken. Seiner geschickten Leitung gelang es, die Gemüter zu beruhigen und soziale Aufbaubarkeit zu leisten. Der Name Dr. Wiebels ist seitdem in Bauarbeiterkreisen allgemein bekannt und immer mit höchster Achtung genannt worden.

Ich habe geglaubt, im Jubiläumsjahre des Verbandes einmal in kurzen Worten Geschehnisse der ersten Verbandsjahre aufleben zu lassen. Bei den Allen werden meine Artikel mit dazu beitragen, die Erinnerung an die Arbeit jener Jahre wachzuhalten und manches lieben Freundes zu gedenken, mit denen man damals zusammen gearbeitet und geopfert hat. Ich muß bezeugen, damals war es so, je größer die zu überwindenden Schwierigkeiten waren und je mehr Hindernisse und durch Polizei, Behörden und Unternehmer bereitet wurden, desto zuverlässiger und arbeitsfreudiger war die Mitarbeit der Kollegen; es war eben, um es mit einem Worte zu sagen, gewerkschaftlicher Geist vorhanden. Geil, der sich offenbarte bei der ganzen Verbandarbeit. In unserer heutigen Zeit, wo sich das Scharfmacherium anstrengt, um uns wieder in die alte Abhängigkeit zurück-

zuwerfen, wo man die Tarifverträge zwar nicht zer-schlagen, sie aber in eine Form bringen will, die für die Arbeiterschaft unerträglich ist, sollten wir uns auf die Vergangenheit zurückbesinnen. Wir im Baugewerbe haben den Ansturm der Arbeitgeber bisher abwehren können. Wir werden es auch weiter können, wenn alle unsere Mitglieder zu der Pflichterfüllung und zu der vom Idealismus getragenen Arbeitsfreude der ersten Verbandsjahre zurückkehren. Dann noch eins. Das Verhältnis zwischen Mitglied und Führer beruhte damals auf uneingeschränktem gegenseitigem Vertrauen. Einzelne Gewohnheitsbröckler trauten sich nicht an die Oberfläche, weil sie wußten, sie wurden von ihren eigenen Kollegen zur Ordnung gerufen. So muß es wieder werden. Wenn vereinzelt die kommunistische Verhegung auch Mitglieder unseres Verbandes angekränkt hat, dann darf dieses nicht dahin führen, daß die übrigen Kollegen schweigen oder gar mit in den Chor einstimmen. Die Arbeit unserer Führer ist nicht etwa leichter wie damals. Gewiß, die Polizeischikanen haben aufgehört, das Gefängnis bedroht nicht mehr den rührigen Gewerkschaftsagitor, auch die schikanösen Bestimmungen der Vereinsgesetzgebung beengen uns nicht mehr. Aber dafür hat sich das Arbeitsgebiet der Führer gewaltig erweitert. Mit der Erkämpfung neuer Rechte sind natürlich auch neue Pflichten verbunden, so daß der Gewerkschaftsangehörte heute auf Gebieten mitarbeiten muß, von denen wir uns damals kaum etwas haben träumen lassen. Die gewerkschaftliche Arbeit ist heute im ganzen wieder schwieriger geworden, weil die Zeitverhältnisse schwieriger geworden sind. Also Vertrauen gegen Vertrauen! Mitarbeit im Geiste des von mir geschätzten Zeitabschnittes, und wir Bauarbeiter werden auch heute wieder die Pioniere der deutschen Arbeiterschaft werden.

Allgemeine Rundschau

Generalpräses Schweizer †

Der Generalpräses der katholischen Gesellenvereine, Prälat Franz Schweizer, ist am 27. September, im Alter von 58 Jahren, an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben. Generalpräses Schweizer hat es stets als seine erste Aufgabe betrachtet, das Werk des Gesellenvaters Kolping in dessen Sinne weiterzuführen. Besonders hat er sich um die Ausbildung des Unterrichtswesens in den Gesellenvereinen und die Ausbreitung des Ledigenheimwesens verdient gemacht. Jahrelang hat er gekämpft um die Einstellung des Gesellenvereins auf die modernen Verhältnisse, da er wußte, daß die selbständige Meisterschaft für die meisten seiner Gesellen nicht mehr zu erreichen war. Demgemäß haben nach seinem Willen die Gesellenvereine allzeit gute Freundschaft mit den christlichen Gewerkschaften gehalten. Er hat im Leben auf alles andere verzichtet, um nur dem Gesellenvereine dienen zu können. Seine ganze Person hat er dafür eingesetzt und darum trauern auch heute um ihn mit den Gesellen diejenigen, die die lebendige soziale Tat der Hingabe als bestes Heilmittel für die Wunden unserer Zeit betrachten. Möge er in Frieden ruhen und im Jenseits den Lohn für sein Christentum der Tat finden.

Wissenschaft und Schutzzoll

Der Verein für Sozialpolitik hielt kürzlich in Stuttgart eine vielbemerkte Tagung ab. Berechtigtes Aufsehen erregte die Resolution zur Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle, die aus der Mitte der Versammlung von einer großen Anzahl Hochschulpromotoren eingebracht wurde. Sie lautet:

„Die neue Wirtschaftsstruktur Deutschlands, die Auswirkung des Londoner Protokolls und wesentliche Änderungen in der Gruppierung der Kräfte am Weltmarkt haben Deutschland vor eine von Grund aus neue handelspolitische Lage gestellt. Die unterzeichneten Vertreter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, darunter eine Anzahl Gelehrter, die die Grundgedanken der deutschen Handelspolitik vor dem Kriege verteidigt haben, machen insbesondere mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß Deutschland mehr denn je gezwungen ist, namentlich auch zwecks voller Ausnutzung der zu erstehenden Nationalisierung unserer Industrie, sich die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu eigen zu machen. Sie vermögen daher volle und so weit zu billigen, als sie ein unentbehrliches und erfolgversprechendes Mittel für eine möglichst freie Gestaltung des internationalen Güterausstausches bedeuten. Eine künstliche Vertenerung der Lebenshaltung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ist aus sozialen Gründen im Deutschland der Gegenwart ganz besonders bedenklich. Auch sind die Unterzeichneten überzeugt, daß die schwierige Lage der Landwirtschaft, der mit geeigneten Mitteln entgegenzuwirken werden muß, durch bloße Fortsetzung des vorkriegszeitlichen Agrar-schutzes nicht entscheidend gebessert, eher verschlechtert werden kann.“

Mietermäßigung für Minderbemittelte

Zu dem in Nr. 41 mitgeteilten Antrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesauskunft Bayern, erging vom Bayerischen Finanzministerium nachfolgender Bescheid:

„Hausbesitzer, die infolge von Mietaufwällen unter Berücksichtigung ihrer sonstigen Einkommens- und Vermögensverhältnisse zur Zahlung nicht in der Lage sind, oder durch die Zahlung sonstwie in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen gefährdet würden, kann eine ganze oder teilweise Niederschlagung der Abgaben gewährt werden, wenn sie die Mietauffälle

und die Uneinbringlichkeit der Mieter gegebenenfalls durch Vorlage amtlicher Nachweise über die Leistungsunfähigkeit ihrer Mieter nachweisen.

Für leistungsschwache Mieter, als welche hauptsächlich Erwerbslose, Kurzarbeiter, Sozial-, Klein- und Armenrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in Frage kommen, kommt im zutreffenden Falle also nur eine Miete in Höhe von 32 Prozent der Friedensmiete in Frage. Der Nachweis der Zahlungsunmöglichkeit kann erbracht werden durch Befragung des Wohlfahrtsamtes oder Fürsorgeamtes, bei dem sie in Unterstützung stehen. Die Verbilligung gilt schon für die Oktobermiete.

„Der Lastesel für alle“

Das sind nämlich die Arbeitgeber. Wer daran zweifelt, lese den Artikel: „Soziale Gerechtigkeit — für alle“ in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 23. September 1924, worin es u. a. heißt:

„Der Arbeitgeber ist heute kaum mehr als der Lastesel für alle. Er, der doch seine Intelligenz, seine Erfahrung und seine Arbeit einbringt und dabei sein Hab und Gut, die Frucht seines Fleißes und seiner Sparsamkeit riskiert, hat nur die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, seinen Arbeitnehmern für Arbeit und Lohn zu sorgen. Ob er selbst für seine Arbeit und sein Risiko etwas verdient, oder ob er gar verliert, wer kümmert sich darum. Auch wenn er sich verblutet, holt ihm der Staat die Steuern ab, und er muß noch völlig umsonst für den Staat die Steuern von seinen Arbeitern und Angestellten einziehen. Viele kleinere Arbeitgeber sitzen oft bis in die Nacht hinein, um an den Lohn- und Steuerlisten zu arbeiten, die Umsatzsteuer zu berechnen und ähnliche — erquickende Aufgaben zu erledigen. Für sie gibt es kein Aufatmen von der drückenden Sorge um den Bestand ihres Geschäfts, für sie gibt es keine Maximalarbeitszeit, keine Ferien. Und wenn der Arbeitgeber wirtschaftlich zusammenbricht und vielleicht arbeitsunfähig geworden ist, dann gibt es für ihn keine Pension und keine Rente. Er steht einfach als Bettler und Almosenempfänger da. Ja, zum Ruckuck, warum hat der Mann auch den verrückten Einfall gehabt, Arbeitgeber zu werden. Ein von den Volksbeglückern seit der Revolution viel mißbrauchter Satz lautet: „Der Mensch ist Subjekt der Wirtschaft und darf nicht ihr Objekt sein.“ Das scheint aber nur für Arbeitnehmer gelten zu sollen. Jedenfalls sind zahlreiche Arbeitgeber nahezu ausschließlich Objekt, ohne daß gewisse Sozialethiker und Sozialpolitiker das geringste daran anzufügen hätten. Vielleicht gilt ihnen der Arbeitgeber gar nicht als Mensch. Die Frage ist doch wohl berechtigt angefaßt, der empörenden Gleichgültigkeit, mit der die schweren Nöte und Leiden der Arbeiter allzu oft ignoriert werden. Es war höchste Zeit, daß die Vereintigung der deutschen Arbeitgeberverbände laut und vernünftig die Forderung auf soziale Gerechtigkeit auch den Arbeitgebern gegenüber erhoben hat.“

Ein Mensch, dem solche Not nicht ans Herz greift! Wie bekennen zerküßelt: Da hat es die Arbeiterklasse doch viel tausendmal besser. Um so leichter kann den armen mißhandelten Arbeitgebern geholfen werden. Wie wäre es mit einem Berufswechsel? Wer als Lastesel gegangen ist, müßte sich z. B. mit Leichtigkeit in den Beruf eines Steinträgers im Baugewerbe fassen. Wie könnten eine Anzahl solcher Stellen vermittelt.

Im Ernst: Die schwierige Lage vieler Unternehmungen ist uns gut bekannt. Aber wer die Abgeschmacktheit besitzt, im vorstehenden Stile darüber zu schreiben, der hat das Recht bezweifelt, ernst genommen zu werden.

Ein bemerkenswertes Urteil

Mehrere Arbeiter einer Firma in Selbert (Rheinland) hatten Lohnforderungen auf Grund eines Schiedsspruches erhoben. Da die Kläger keiner Organisation angehörten, wies das Gewerbegericht ihre Klage ab mit der Begründung, daß nur die Arbeiter ein Recht auf die Vorteile aus diesem Schiedsspruch hätten, die zur Zeit der Fällung des Schiedsspruches Mitglied einer Organisation gewesen seien.

Dieses Urteil wird bei allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern volle Zustimmung finden. Träger der tariflichen Lohnvereinbarungen sind die gewerkschaftlichen Organisationen. Die Vereinbarungen selbst verursachen viel Arbeit und Kosten. Dafür haben allein die organisierten Arbeiter aufzukommen. Wer sich aber öffentlich an der Ausführung der erforderlichen Mittel vorbeißt, hat auch keinen Anspruch auf die erzielten Erfolge. Es wäre zu wünschen, daß obiges Urteil Nachahmung fände.

Laribewegung

Bezirk Berlin

Am 26. 9. wurde für Berlin über eine neue Lohnregelung verhandelt. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, sollte das Bezirkslohnamt am 1. 10. einen Schiedsspruch, der besagt, daß für die Zeit ab 1. 10. 24 bis 24. 2. 25 der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer einschließlich Werkzeugs 0,36 Mark, für Banarbeiter 0,27 Mark, für Tischarbeiter 0,33 Mark betragen sollte. Die Arbeitnehmerorganisationen hatten dem Spruch zugestimmt, die Arbeitgeber lehnten ihn ab. Am 8. 10. wurde der Schlichter von Groß-Berlin angerufen, und am 9. 10. fanden unter seiner Leitung Verhandlungen statt. Eine Einigung konnte auch hier nicht erzielt werden und wurde daraufhin der Spruch für verbindlich erklärt.

Am 2. 10. fanden auch Verhandlungen für die Provinz Brandenburg statt. Es wurde eine

Lohnhöhung von 15 Pfg. in allen Klassen beantragt. Die Arbeitgeber lehnten auch hier jede Erhöhung ab und bestritten die in der letzten Zeit eingetretene Preissteigerung. Da keine Einigung zustande kam, wurde am 7. 10. der Schlichter von Brandenburg angerufen. Auch hier beharrten die Arbeitgeber bei ihrer ablehnenden Haltung. Nach längerer Verhandlung fällte der Schlichter folgenden Schiedsspruch:

„Die geltenden Löhne erhöhen sich vom 8. Oktober ab durchgehend um 3 Pfg. für die Stunde.“

Diese Lohnregelung gilt bis zum 30. November d. J. Falls es jedoch innerhalb dieser Zeit zu einer erheblichen Teuerung kommt, worüber bei Meinungsverschiedenheiten der Schlichter endgültig entscheidet, ist in neue Lohnverhandlungen einzutreten.

Die Parteien erklären sich gegenseitig und an den Schlichter über Annahme oder Ablehnung des Spruches bis zum 15. Oktober d. J.“

Diesem Schiedsspruch wurde von unserer Organisation und dem Baugewerksbund zugestimmt. Wie uns mitgeteilt wird, haben auch die Arbeitgeberorganisationen ihre Zustimmung gegeben. Es liegt nun an euch, Kollegen, dem Schiedsspruch Geltung zu verschaffen.

Dann sei noch darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 26. Oktober, in Schwerin a. d. W. das 25-jährige Bestehen des christl. Bauarbeiterverbandes gefeiert wird. Alle Kollegen aus der Umgegend werden herzlich eingeladen, an der Feier teilzunehmen. Kollege Riedberg, 1. Zentralvorsitzender unseres Verbandes, wird die Festrede halten.

Feuerungs- und Schornsteinbau

2. Lohnfestsetzung

Auf Grund des „Vorläufigen Reichslohn- und Arbeitsvertrages für feuerungstechnische Arbeiten“ vom 14. 8. 1924 sind für die Zeit vom 2. Oktober bis 3. Dezember 1924 nachfolgende Löhne festgesetzt:

Der Reichsgrundlohn errechnet sich gem. V. B. 2 a des Vertrages auf Pfg. 76,2. Danach betragen die Löhne in Pfennigen einschl. Gehaltsgeld:

Table with 4 columns: Position, Deutschland ohne Berlin u. Hamburg, Berlin, Hamburg. Rows include Feuerungsmaurer, Feuerungshelfer, Schornsteinmaurer, Schornsteinmaurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind, and Schornsteinhelfer.

Die Fahrtentzädigung beträgt allgemein gem. V. D. 5 a des Vertrages: Eisenbahnfahrpreis + 3 Pfennige für jeden zurückgelegten Kilometer.

Die Aufwandsentschädigung gem. V. D. 3 des Vertrages beträgt allgemein: für Verheiratete 3,10 M., für Ledige 2,70 M.

Die Spannung an den einzelnen Bauorten zwischen Hochbaumaurerlohn einschl. Gehaltsgeld einerseits und Facharbeiterlohn andererseits soll derartig sein, daß der Feuerungsmaurer stets 5 Prozent, der Schornsteinmaurer stets 10 Prozent über den Hochbaumaurerlohn erhält. Helfer erhalten in diesem Falle den Hochbaumaurerlohn. Gehaltsgeld, Begegeld sind mit einbegriffen.

Groß-Berlin. Da der Schlichter für Groß-Berlin den von den Arbeitgeberverbänden abgelehnten Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes Berlin vom 1. Oktober 1924 gem. Artikel 1 § 6 der Schlichtungsordnung für verbindlich erklärt hat, gilt für Groß-Berlin als Grundlohn gem. V. B. 2b des vorläufigen Reichslohn- und Arbeitsvertrages für feuerungstechnische Arbeiten 96, 72 Pfg.

Danach betragen die Löhne in Pfennigen einschließlich Gehaltsgeld ab 1. Oktober 1924 für

Table for Groß-Berlin with 2 columns: Position, Lohn in Pfg. Rows include Feuerungsmaurer, Feuerungshelfer, Schornsteinmaurer, Schornsteinmaurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind, and Schornsteinhelfer.

Für Groß-Berlin beträgt ab 1. 10. 24 der Lohn des Hochbaumaurers 96 Pfg. + 72 Pfg. Gehaltsgeld, des Bauhilfsarbeiters 77 Pfg.

Der Schiedsspruch legt diesen Lohn bis 24. Februar 1925 fest, jedoch mit der Einschränkung, daß beim Steigen oder Fallen der Reichsindexziffer um mehr als 10 Prozent neue Verhandlungen geführt werden müssen.

Groß-Hamburg. Nachdem der Spruch der Schlichterkammer über die Festsetzung der Stundenlöhne für das Baugewerbe im Vertragsgebiet Nordens ab 2. Oktober bis 31. Dezember 1924 von den Parteien angenommen ist, gilt für Groß-Hamburg als Grundlohn gem. V. B. 2b des vorläufigen Reichslohn- und Arbeitsvertrages für feuerungstechnische Arbeiten 98 Pfg.

Danach betragen die Löhne in Pfennigen einschl. Gehaltsgeld ab 2. Oktober 1924 für

Table for Groß-Hamburg with 2 columns: Position, Lohn in Pfg. Rows include Feuerungsmaurer, Feuerungshelfer, Schornsteinmaurer, Schornsteinmaurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind, and Schornsteinhelfer.

Für Groß-Hamburg beträgt am 2. 10. 24 der Lohn des Hochbaumaurers 98 Pfg., des Bauhilfsarbeiters 81 Pfg.

Wenn Mitglieder für die beiden Lohnwochen des Monats Oktober bereits mit ihren Anstaltgebern abgerechnet haben, so sind sie trotzdem berechtigt, die durch den Spruch festgesetzte Lohnhöhung nachzufordern, es sei denn, daß die Bauarbeiten zu festen Preisen übernommen haben und Lohnüberforderungen ihnen überhaupt nicht erreicht werden.

Aus dem Verbandsleben

Der Achtstundentag im Saargebiet

Die Arbeitszeitfrage, die bei uns im Saargebiet bisher durch Tarifvertrag zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen geregelt war, steht neuerdings im Mittelpunkt der Erörterungen. Allgemein wurde im Jahre 1919 in den abgeschlossenen Tarifverträgen die Arbeitszeit auf acht Stunden täglich, wöchentlich 48 Stunden festgesetzt. Leider müssen wir gestehen, daß von den Bauarbeitern, soweit dieselben im Saargebiet beschäftigt sind, die tariflich festgelegte Arbeitszeit im Verlaufe des Jahres 1923-24 recht mangelhaft innegehalten wurde. Seit der Verordnung über die Arbeitszeit im übrigen Deutschen Reich vom 21. Dezember 1923, welche in sehr vielen Bezirken Deutschlands große Auseinandersetzungen hervorrief, garte es in manchen Orten des Saargebietes, um hier eine verlängerte Arbeitszeit tariflich zu vereinbaren. Neuerdings tritt die Regierungskommission auf den Plan, um durch eine Verordnung den Achtstundentag gesetzlich festzulegen. Der von der Regierungskommission ausgearbeitete Entwurf hat folgenden Wortlaut:

Entwurf einer Verordnung über den Achtstundentag

Auf Grund der §§ 19 und 23 der Anlage zu Abschnitt IV (Teil 3) des Friedensvertrages von Versailles, nach Einsicht der Vorschläge der allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeiterorganisation des Völkerbundes vom 28. November 1919, nach Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung und auf Grund ihres Beschlusses vom heutigen Tag verordnet die Regierungskommission des Saargebietes was folgt:

§ 1. Unter Annahme der Grundsätze und Bedingungen des von der allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeiterorganisation des Völkerbundes am 28. November 1919 vereinbarten Entwurfs eines Übereinkommens wird die regelmäßige tägliche Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben des Saargebietes auf acht Stunden festgesetzt.

§ 2. Vorübergehende oder dauernde Befreiungen von dieser Vorschrift können durch das Mitglied der Regierungskommission für das Arbeitswesen nach Anhörung der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erteilt werden.

§ 3. Diese Verordnung tritt am ... in Kraft. Saarbrücken, den ... Der Präsident der Regierungskommission.

Der Entwurf bringt gegenüber der bisherigen Rechtslage keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen können daraus entstehen. Hoffentlich gelingt es den Landesratsfraktionen, vor Verabschiedung des Entwurfs Verbesserungen im Interesse der Arbeiterchaft durchzusetzen.

Bekanntmachung

Saargebiet

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften findet in Saarbrücken am 25. und 26. Oktober 1924 ein Kongreß der christlichen Gewerkschaften statt. Die Tagesordnung des Kongresses ist folgende:

A) Samstag, den 25. Oktober, vormittags 9 Uhr, im „Johannis Hof“ zu Saarbrücken, Ratnzer Straße, Großer Saal

- 1. Eröffnung des Kongresses, Begrüßung der Delegierten und Gäste. 2. Wahl der Kongreßleitung, Beschlußfassung über die Geschäftsordnung. 3. Bericht über Entwicklung, Stand und Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften im Saargebiet. Berichterstatter: Hillenbrand. 4. Forderungen, Aufgaben und Einstellung der christlichen Gewerkschaften auf die besonderen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar. Berichterstatter: Kiefer. 5. Die Neuentwicklung des Arbeitsrechts in Deutschland. Berichterstatter: Stauch-Berlin.

B) Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, große Vertrauensmännerversammlung im „Saalbau“

- 1. 25 Jahre christliche Gewerkschaftsarbeit. Berichterstatter: J. Giesberts. 2. Ansprachen der Bezirksleiter über die Tätigkeit ihrer Verbände an der Saar.

Von den Mitgliedern des christlichen Bauarbeiterverbandes im Saargebiet wird erwartet, daß sie an der am Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Saalbau stattfindenden Kundgebung sich zahlreich und pünktlich einfinden.

Sterbetafel

Am 7. September starb unser Kollege Peter Manegold an Halsleiden.

Verwaltungsstelle Göttingen.

Ehre seinem Andenken!

Rautabaf billig! Nur an Poststellen.

Hannover, Grimm und Kriepel, Doms, Cramer, dünne, mittel, dicke Rollen und Aufsichtenform; per Stück 12 Pfg., Cramer 15 Pfg., bei einem Mindestquantum von 250 Stk. Verpackung und Porto frei, ab Stammhaus per Nachnahme zuzüglich Nachnahmeporto. H. Trunspeter, Lemnhafe.